Deutscher Bundestag **Drucksache 14/2507**

14. Wahlperiode

14. 01. 2000

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 19. Januar 2000

Verzeichnis der Fragenden

Abgeordnete	*Nummer der Frage*
Austermann, Dietrich (CDU/CSU)	1, 2
Blank, Renate (CDU/CSU)	15, 16
Börnsen, Wolfgang (Bönstrup) (CDU/CSU)	12, 13
Dreßen, Peter (SPD)	26, 27
Fromme, Jochen-Konrad (CDU/CSU)	22, 23
Hauser, Norbert (Bonn) (CDU/CSU)	20, 21
Hollerith, Josef (CDU/CSU)	14
Kopp, Gudrun (F.D.P.)	7, 8
Koschyk, Hartmut (CDU/CSU)	9, 10
Michelbach, Hans (CDU/CSU)	24, 25
Otto, Hans-Joachim (Frankfurt) (F.D.P.)	17, 18
Pieper, Cornelia (F.D.P.)	4, 5
Schemken, Heinz (CDU/CSU)	31, 32
Schnieber-Jastram, Birgit (CDU/CSU)	35, 36
Dr. Seifert, Ilja (PDS)	6, 30
Siemann, Werner (CDU/CSU)	11, 41
Straubinger, Max (CDU/CSU)	33, 34
Strobl, Thomas (Heilbronn) (CDU/CSU)	37, 38
Dr. Uhl, Hans-Peter (CDU/CSU)	3, 19
Volquartz, Angelika (CDU/CSU)	39, 40
Weiß, Peter (Emmendingen) (CDU/CSU)	28, 29

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Seite

Geschäftsbereich des Bundeskanzleramtes 3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern 3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie 3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit 4
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts 4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen 5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen 7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung 9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung 10

Geschäftsbereich des Bundeskanzleramtes

1. Abgeordneter **Dietrich Austermann** (CDU/CSU)

Wie hoch sind die zusätzlichen Kosten durch Abhalten von Kabinettsitzungen und weiteren offiziellen Veranstaltungen der Bundesregierung in der Zeit bis zum 27. Februar 2000 in Schleswig-Holstein?

2. Abgeordneter **Dietrich Austermann** (CDU/CSU)

Zu welchen Konditionen wurden dem Bundesvorsitzenden der SPD in der Zeit vom 8. bis 14. Januar 2000 Hubschrauber und anderes Fluggerät der Bundeswehr bzw. des Bundesgrenzschutzes zur Verfügung gestellt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

3. Abgeordneter **Dr. Hans-Peter Uhl** (CDU/CSU)

Stimmt die Bundesregierung der These einer ständig wachsenden Bedrohung für die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik Deutschland durch die Organisierte Kriminalität zu, und wenn ja, ist sie bereit, das Bundesamt für Verfassungsschutz mit der nachrichtendienstlichen Überwachung und Abwehr der Organisierten Kriminalität – so wie es in Bayern bereits der Fall ist – zu beauftragen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

4. Abgeordnete **Cornelia Pieper** (F.D.P.)

Trifft es zu, dass die Bundesregierung seit ihrem Amtsantritt keine Kreditsicherungszusagen (HERMES-Deckung) für nukleartechnische Export-Vorhaben mehr gegeben hat, und wenn dies der Fall sein sollte, wie begründet sie dieses Handeln?

5. Abgeordnete **Cornelia Pieper** (F.D.P.)

Ist der Bundesregierung bekannt, wie viele deutsche Arbeitsplätze vom Export von Nukleartechnik abhängen und ob durch HERMES-Bürgschaften in diesem Bereich neue Arbeitsplätze geschaffen werden könnten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

6. Abgeordneter **Dr. Ilja Seifert** (PDS)

Welche Maßnahmen sind aus Sicht des Bundesministeriums für Gesundheit erforderlich, um eine am 10. Dezember 1999 vom Bundesausschuss der Ärzte und Krankenkassen (BÄK) getroffene Entscheidung zum Ausschluss der Balneo-Phototherapie als vertragsärztliche Leistung der gesetzlichen Krankenkassen für an Schuppenflechte chronisch Erkrankte nicht in Kraft treten zu lassen und zu gewährleisten, dass die genannte Therapie zu den bisherigen Bedingungen für die chronisch Kranken zur Verfügung steht?

7. Abgeordnete **Gudrun Kopp** (F.D.P.)

Bestehen derzeit national, europaweit bzw. international Kennzeichnungspflichten, Grenzwerte bzw. Verbote für die Verwendung von schädlichen Stoffen bei der Ausrüstung von Kleidung?

8. Abgeordnete **Gudrun Kopp** (F.D.P.)

Falls nein, plant die Bundesregierung tätig zu werden, und sollte dies der Fall sein, welche Maßnahmen sind vorgesehen?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

9. Abgeordneter **Hartmut Koschyk** (CDU/CSU)

Mit welchen Themen hat sich die deutsch-tschechisch-slowakische Historikerkommission bislang befasst, und welche Veranstaltungen und Veröffentlichungen hat die Historikerkommission bislang vorgenommen?

10. Abgeordneter **Hartmut Koschyk** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass Artikel 15 Abs. 2 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte vom 19. Dezember 1966 („Dieser Artikel schließt die Verurteilung oder Bestrafung einer Person wegen einer Handlung oder Unterlassung nicht aus, die im Zeitpunkt ihrer Begehung nach den von der Völkergemeinschaft anerkannten allgemeinen Rechtsgrundsätzen strafbar war“) auch die Bestrafung von Straftaten im Zusammenhang mit der von der Bundesregierung als völkerrechtswidrig beurteilten Vertreibung von Deut-

schen am Ende des Zweiten Weltkrieges und danach ermöglicht, und ist die Bundesregierung bereit, die entsprechenden Staaten, die den Pakt ratifiziert haben, auf diese Möglichkeit hinzuweisen?

11. Abgeordneter **Werner Siemann** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Aussage einer Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP-aktuell, Nr. 49), wonach ein deutscher Alleingang im Rüstungsexport die nachhaltige Erschütterung eines wesentlichen Fundaments einer eigenständigen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik bedeutet, im Zusammenhang mit der Entscheidung des Bundessicherheitsrates vom 22. Dezember 1999 über die Grundlagen einer restriktiven nationalen Rüstungskontrollpolitik?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

12. Abgeordneter **Wolfgang Börnsen (Bönstrup)** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Einsatz des deutschen Schiffes „Neuwerk“ vor der französischen Atlantik-Küste, dessen Ziel es war, eine weitere Umwelt-Katastrophe zu verhindern, und wie bewertet sie in diesem Zusammenhang Aussagen führender Küstenschutz- und Naturschutzverbände in den Schleswiger Nachrichten, die im fehlgeschlagenen Einsatz der „Neuwerk“ den Beleg für ein unzureichendes Schutzkonzept gegen eine Ölverschmutzung auch für die deutschen Küsten sehen?

13. Abgeordneter **Wolfgang Börnsen (Bönstrup)** (CDU/CSU)

Steht die Bundesregierung zu den Aussagen des Bundeskanzlers und des Bundesministers für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, die sich in der Vergangenheit mehrfach öffentlich u. a. im Flensburger Tageblatt für den Bau des Transrapid ausgesprochen und Bundesmittel in Höhe von 6,1 Mrd. DM zur Unterstützung dieses für Deutschland wichtigen Infrastrukturvorhabens zugesagt haben – wie es auch im Koalitionsvertrag steht –, und welche Folgerungen zieht sie aus diesen Versprechen für den Transrapid-Gipfel am 20. Januar 2000?

14. Abgeordneter **Josef Hollerith** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung die Möglichkeiten, dass Schieneninfrastrukturmaßnahmen für den Nah- und Fernverkehr durch Bundesländer vorfinanziert werden?

15. Abgeordnete **Renate Blank** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, dass sich jetzt auch die mittelfränkischen SPD-Landtagsabgeordneten unabhängig vom Bau der ICE-Strecke Nürnberg–Erfurt für die rasche Verwirklichung der S-Bahn-Strecke Nürnberg–Forchheim – nachdem die Zurückstellung der ICE-Trasse das vorläufige Aus für die dringend benötigte und verkehrlich sinnvolle S-Bahn-Verbindung bedeutet – einsetzen?

16. Abgeordnete **Renate Blank** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung nun bereit, eine schnelle S-Bahn-Realisierung mit finanzieller Bundesbeteiligung zu ermöglichen?

17. Abgeordneter **Hans-Joachim Otto (Frankfurt)** (F.D.P.)

Was veranlasst die Bundesregierungg zu der Ansicht, es widerspräche der „Ein-China-Politik“, wenn der privatwirtschaftlich organisierten „China Airlines“ Verkehrsrechte in Deutschland eingeräumt würden?

18. Abgeordneter **Hans-Joachim Otto (Frankfurt)** (F.D.P.)

Wie steht die Bundesregierung zu einer Zulassung der „China-Airlines“ mit ihrem Code CI angesichts der Tatsache, dass diese unter ihrem Code CI Italien, die Niederlande und sogar Hongkong anfliegen darf?

19. Abgeordneter **Dr. Hans-Peter Uhl** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, dem sofortigen Baubeginn des letzten Teilstücks der A 99 als Lückenschluss zwischen der Lindauer Autobahn und der Stuttgarter Autobahn parallel zur Baureifplanung des „Aubinger Tunnels“ zuzustimmen vor dem Hintergrund der Tatsache, dass sich der Freistaat Bayern und die Landeshauptstadt München auf ein Finanzierungskonzept für den Bau der Langversion der Aubinger Autobahneinhausung geeinigt haben, mit der Folge, dass die Stadt München sich bereit erklärt hat, die für die Verlängerung des „Aubinger Tunnels“ eingeplanten Zusatzkosten von 13 Mio. DM für eine Vorfinanzierung des Autobahnbaus in den ersten beiden Jahren zur Verfügung zu stellen, und wenn nein, warum nicht?

20. Abgeordneter **Norbert Hauser (Bonn)** (CDU/CSU)

Ist durch den Umzug der Bundesregierung und der meisten Bundesministerien nach Berlin die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Dienststellen erschwert worden, und welche Schwierigkeiten gibt es bei der Zusammenarbeit zwischen den nach Berlin gezogenen und den in Bonn verbliebenen Ministerien?

21. Abgeordneter **Norbert Hauser (Bonn)** (CDU/CSU)

Inwieweit ist die technische/elektronische Infrastruktur geeignet, den reibungslosen Arbeitsablauf zwischen den Bundesministerien zu gewährleisten, und welche Maßnahmen unternimmt die Bundesregierung, um die Kommunikation zwischen den Bundesministerien zu verbessern?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

22. Abgeordneter **Jochen-Konrad Fromme** (CDU/CSU)

Kann man aus der Tatsache, dass im Konzept für die Unternehmenssteuerreform die Steuermehreinnahmen aus der Veränderung der AfA-Tabellen zur Gegenfinanzierung nur noch mit 3,5 Mrd. DM bezeichnet werden, während der zuständige Abteilungsleiter den Effekt der im Sommer 1999 zur Anhörung versandten Tabellen noch mit 13 bis 15 Mrd. DM bestätigt hat, den Schluss ziehen, dass die Bundesregierung die im Sommer 1999 den Wirtschaftsverbänden zur Anhörung übersandten neuen AfA-Tabellen zurückziehen oder so stark verändern wird, dass die Steuermehreinnahmen auf 3,5 Mrd. DM beschränkt werden?

23. Abgeordneter **Jochen-Konrad Fromme** (CDU/CSU)

Wenn ja, in welchen Punkten werden die Änderungen vorgenommen?

24. Abgeordneter **Hans Michelbach** (CDU/CSU)

Ist das Gesetz zur Fortführung der ökologischen Steuerreform tatbestandlich hinreichend bestimmt und gleichheitsgerecht im Sinne des Artikels 3 Abs. 1 Grundgesetz ausgestaltet auch unter dem Gesichtspunkt, dass die Freistellung der als umweltschädlich bekannten Kohle beim Einsatz zu Heizzwecken dem eigentlichen Gesetzeszweck zuwiderlaufen könnte?

25. Abgeordneter **Hans Michelbach** (CDU/CSU)

Wirft das Gesetz zur Fortführung der ökologischen Steuerreform nicht auch vielfältige Rechtsfragen auf, in dem unter gemeinschaftsrechtlichen Gesichtspunkten das Diskriminierungsverbot aus Artikel 95 EGV berührt wird und auch nach der Kompatibilität der Stromsteuer mit dem herkömmlichen Verbrauchsteuerbegriff vom Finanzverfassungsrecht beschwert wird?

26. Abgeordneter **Peter Dreßen** (SPD)

Welche steuerlichen Möglichkeiten wird die Bundesregierung ergreifen, um den vom Orkan „Lothar“ geschädigten Privatwaldbesitzern zu helfen, und gibt es zum Beispiel die Möglichkeit, die einmalig hohen Gewinne, die in diesem und vielleicht im nächsten Jahr entstehen, auf mehrere Jahre zu verteilen, da spätestens in zwei Jahren nur noch Verluste entstehen werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

27. Abgeordneter **Peter Dreßen** (SPD)

Welche finanziellen Hilfen kann die Bundesregierung den vom Orkan „Lothar“ stark betroffenen Waldbesitzern gewähren, und ist es zum Beispiel möglich, die dringend notwendigen Nasslager zur Vermeidung von Borkenkäfern finanziell zu fördern?

28. Abgeordneter **Peter Weiß (Emmendingen)** (CDU/CSU)

Welche Hilfen hat die Bundesregierung eingeleitet bzw. wird sie einleiten, um die immensen Schäden, die der Orkan „Lothar“ am 26. Dezember 1999 vor allem in den Wäldern Süddeutschlands angerichtet hat, zu beheben und um die geschädigten Waldbesitzer zu unterstützen?

29. Abgeordneter **Peter Weiß (Emmendingen)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, zur Behebung der durch den Orkan „Lothar“ verursachten Schäden ein Bund-Länder-Sonderprogramm aufzulegen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung

30. Abgeordneter **Dr. Ilja Seifert** (PDS)

Welche Gründe liegen dafür vor, dass die in der Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin beim Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Ulrike Mascher, vom 26. Oktober 1999 auf meine schriftliche Frage in Drucksache 14/1933 an mich gegebene Zusicherung, dass die Verordnung zur Durchführung des Schwerbehindertengesetzes (Werkstätten-Mitwirkungsverordnung zum Schwerbehindertengesetz – SchbMV) „möglichst noch vor Jahresende erlassen und dem Bundesrat zur Zustimmung zugeleitet werden soll“, nicht eingehalten wurde, und für wann ist nunmehr mit dem Inkrafttreten der Verordnung zu rechnen?

31. Abgeordneter **Heinz Schemken** (CDU/CSU)

Wie beurteilt der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung den Umstand, dass nun doch beim Holzmann-Konzern ca. 3 000 Arbeitnehmer entlassen werden?

32. Abgeordneter **Heinz Schemken** (CDU/CSU)

Wie sieht der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung dies im Hinblick auf die Stützungsaktion durch die öffentliche Hand, die den betroffenen Beschäftigten galt, und wie wird die angekündigte Beschäftigungs- und Qualifikationsgesellschaft finanziert?

33. Abgeordneter **Max Straubinger** (CDU/CSU)

Wie hoch ist der zu erwartende Mehraufwand für Kommunen und karitative Verbände durch die neue Sozialversicherungspflicht für Aufwandsentschädigungen bei ehrenamtlich Tätigen, wie z. B. bei Führungskräften bei der Freiwilligen Feuerwehr oder Führungskräften in karitativen Einrichtungen (§ 14 Abs. 1 Satz 2 Viertes Buch des Sozialgesetzbuches, Neuregelung der geringfügigen Beschäftigung), gegenüber der früheren Pauschalversteuerungsmöglichkeit?

34. Abgeordneter **Max Straubinger** (CDU/CSU)

Ist nach Ansicht der Bundesregierung zu erwarten, dass durch diese zusätzliche Kostenbelastung das ehrenamtliche Engagement bei den Freiwilligen Feuerwehren bzw. den karitativen Einrichtungen nachlässt?

35. Abgeordnete **Birgit Schnieber-Jastram** (CDU/CSU)

Welche Gesetzesänderungen plant die Bundesregierung in Umsetzung der gemeinsamen Erklärung der Spitzenvertreter von Bundesregierung, Wirtschaft und Gewerkschaften im Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit vom 9. Januar 2000, um ein vorzeitiges Ausscheiden langfristig Versicherter aus dem Erwerbsleben zu ermöglichen, für den Fall, dass die Tarifvertragsparteien in künftigen Tarifverhandlungen in diese Richtung zielende Vereinbarungen treffen sollten?

36. Abgeordnete **Birgit Schnieber-Jastram** (CDU/CSU)

Ist von der gemeinsamen Erklärung der Spitzenvertreter von Bundesregierung, Wirtschaft und Gewerkschaften im Rahmen des Bündnisses für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit vom 9. Januar 2000 auch die Möglichkeit der Einführung des Modells der „Rente mit 60“ umfasst?

37. Abgeordneter **Thomas Strobl (Heilbronn)** (CDU/CSU)

Welche Gesetzesänderungen will die Bundesregierung in Umsetzung der gemeinsamen Erklärung im Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit vom 9. Januar 2000 im Rahmen des Altersteilzeitgesetzes vornehmen?

38. Abgeordneter **Thomas Strobl (Heilbronn)** (CDU/CSU)

Welche der von der Bundesregierung im Rahmen der Sitzung des Bündnisses für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit am 9. Januar 2000 in Aussicht gestellten Gesetzesänderungen sollen befristet gelten und über welchen Zeitraum soll sich diese Befristung erstrecken?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

39. Abgeordnete **Angelika Volquartz** (CDU/CSU)

Trifft es zu, dass die Wehrbereichsverwaltungen in Kiel und in Hannover zu einer gemeinsamen Wehrbereichsverwaltung in Hannover zusammengelegt werden sollen?

40. Abgeordnete **Angelika Volquartz** (CDU/CSU)

Ist diese Frage zwischen Bundeskanzler Gerhard Schröder und Ministerpräsidentin Heide Simonis oder zwischen anderen Mitgliedern von Bundesregierung und Landesregierung Schleswig-Holstein erörtert worden?

41. Abgeordneter **Werner Siemann** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung das derzeitige System der vorzeitigen Zurruhesetzung von Berufssoldaten, und welche Pläne zur Neuregelung liegen vor?

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83-91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333